



NEWSLETTER 05/2022

# FORUM | MIGRATION



## Perspektiven für Geflüchtete

**Russlands Krieg gegen die Ukraine geht in den dritten Monat, rund 370.000 Flüchtende registrierte die Bundespolizei bis Ende April in Deutschland. Vieles muss getan werden, um die Ankommenden angemessen zu versorgen – und jetzt die Weichen für eine womöglich längerfristige Aufnahme zu stellen. Gewerkschafter\_innen bemühen sich, ihren Teil dazu beizutragen.**

„Es ist dringend notwendig, die Grenzen für die Millionen Flüchtenden ohne Unterschied offenzuhalten und ihnen Schutz und Hilfe zu geben“, heißt es in einer Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates. Eine der wohl wichtigsten Voraussetzungen dafür ist eine ausreichende staatliche Finanzierung für die Kommunen. Diese hatten verlangt, dass Bund und Länder sie „vollumfänglich“ entlasten – anders als bei Asylsuchenden also die gesamten Kosten der Aufnahme übernehmen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) rechnet mit Ausgaben von 1.000 bis 1.500 Euro pro Aufgenommene\_n je Monat.

Tatsächlich einigten sich Bund und Länder bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 7. April auf eine Regelung, die diese Forderung zumindest teilweise erfüllt:

Wie anerkannte Asylsuchende sollen Geflüchtete aus der Ukraine keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern nach dem Sozialgesetzbuch II/XII („Hartz IV“) erhalten. Damit verbunden ist der Zugang etwa zur Betreuung durch die Jobcenter und zu Sprachkursen.

Für SGB-Leistungen zahlt der Bund. Voraussetzung dafür soll eine Registrierung im Ausländerzentralregister und ein deshalb ausgestellter Aufenthaltstitel sein. Zudem bekommen die Kommunen vom Bund insgesamt zwei Milliarden Euro, unter anderem für Unterkunft und Kinderbetreuung. Der DStGB verlangte eine rasche Auszahlung der versprochenen Gelder. Die Länder müssten die Mittel unverzüglich an die Kommunen weiterreichen. Es sei schon jetzt absehbar und für die Planungssicherheit der Kommunen unverzichtbar, dass Mittel auch 2023 bereitgestellt werden, so der DStGB. Darüber wollen Bund und Länder aber erst im November entscheiden.

Vor besonderen Schwierigkeiten stehen derzeit Erziehende und Lehrkräfte, die den Krieg in der Ukraine thematisieren und eine große Zahl Geflüchteter aus der Ukraine in den Schul- und Kitabetrieb aufnehmen müssen. Die Kultusministerkonferenz rechnet allein mit bis

### INHALT 05/2022

Perspektiven für Geflüchtete ..... 1

Spätaussiedler\_innen ..... 2

News + Termine ..... 3

Drei Gesichter der Solidarität –  
Kommentar von Oleksandra  
Bienert – die Autorin wurde in  
der Ukraine geboren und lebt  
seit 2005 in Berlin ..... 4



zu 400.000 geflüchteten ukrainischen Schülern. „Der Krieg und seine Folgen stellen auch das Bildungssystem in Deutschland vor neue, sehr große Herausforderungen“, sagt die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Der Vorschlag der ukrainischen Generalkonsulin in Hamburg, ein paralleles ukrainisches Schulsystem in Deutschland einzurichten, sei „nicht zu erfüllen“, sagt Finnern. Dieser Wunsch gehe von der Annahme aus, dass die Menschen bald zurückgehen werden. Das sei nicht abzusehen. Bund und die Länder müssten stattdessen Bedingungen schaffen, die die Integration der ukrainischen Geflüchteten in das deutsche Schulsystem sowohl für die Schüler\_innen als auch für die Beschäftigten erleichtern. Ohne Unterstützung könne diese Aufgabe nach kräftezehrenden Pandemie-Jahren und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nicht geschultert werden. Mehr Geld müsse her, um den steigenden Personalbedarf zu decken. Hinzukomme: Die Geflüchteten haben vor ihrer Ankunft in Deutschland oft schwere Traumata erlitten. Bildungseinrichtungen müssten die Sozialarbeit ausbauen und Angebote zur Traumatabewältigung schaffen, sagte Finnern. Zwei neue Infoblätter der GEW geben eine Hilfestellung, Kinder und Jugendliche im Umgang mit Desinformation im Kontext des Krieges zu stärken (siehe unten).

Die Volkshochschulen sind bereits aktiv geworden. Sie haben bundesweit Erstorientierungskurse und niedrigschwellige Deutschkurse für Ukrainer\_innen gestartet. Über das digitale vhs-Lernportal (siehe unten) können sie sich online mit der lateinischen Schrift und mit der deutschen Sprache vertraut machen, wann immer es die Alltagssituation gerade zulässt. Sie benötigen dazu nur ein Smartphone und einen Internetzugang. Das Portal umfasst Kurse, in denen Anfänger\_innen wie Fortgeschrittene Deutschkenntnisse für Alltag und Beruf erwerben können. Zu den meisten Übungen erhalten die Lernenden ein automatisiertes Feedback.

Gleichzeitig stellt sich auch die Frage nach der mittelfristigen Integration auf dem Arbeitsmarkt. In Niedersachsen etwa werden Ukraine-Flüchtlingen angesichts rund 90.000 freier Stellen gute Chancen auf eine Beschäftigung prognostiziert. Johannes Pfeiffer, Chef der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Arbeitsagentur, nennt den Arbeitsmarkt „sehr aufnahmefähig“. Doch die meisten Menschen, die aus der Ukraine fliehen, sind Frauen und Kinder. In Schleswig-Holstein etwa wurden bis zum 6. April gut 12.000 Flüchtlinge ukrainischer Staatsangehörigkeit erfasst. In derselben Zeit registrierten sich in dem Bundesland nur 42 Frauen und 6 Männer aus der Ukraine als arbeitsuchend. „Diese Zahlen zeigen, dass vor allem Frauen, die mit ihren Kindern den russischen Bombenangriffen entkommen sind, verständlicherweise andere Sorgen haben, als sich rasch eine Arbeitsstelle zu suchen oder einen Sprachkurs zu belegen“, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Thilo Rohlf.

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verfügen rund die Hälfte der ukrainischen Migrant\_innen in Deutschland über eine abgeschlossene Hochschulbildung und vergleichbare Abschlüsse, 14 Prozent über berufsbildende Abschlüsse und 26 Prozent über eine höhere Schulbildung. Der DGB fordert, sie möglichst unkompliziert und schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Erste betriebliche Initiativen dazu gibt es bereits. In Brandenburg etwa hat die Lausitz Klinik Forst speziell für geflüchtete ukrainische Pflegekräfte ein Qualifizierungsprogramm gestartet. Ziel sei die Anerkennung des gleichwertigen Berufsabschlusses „Pflegefachmann/Pflegefachfrau“ in Deutschland, um auch weiterhin in diesem Beruf arbeiten zu können. Anfang April startete der erste Kurs mit acht Teilnehmerinnen, weitere 14 Teilnehmerinnen sollen folgen.

Die NGG rief derweil noch in Russland tätige deutsche Unternehmen dazu auf, ihr Engagement in dem Land

„sehr kritisch“ zu prüfen. „Wirtschaftliche Interessen und Nöte können nur ein Teil dieser Prüfung sein“, sagte ein NGG-Sprecher der DPA. Für die deutschen Unternehmen sollte es jetzt darum gehen, das deutliche Zeichen zu setzen, dass der Angriff auf die Ukraine und das verbrecherische Handeln der russischen Regierung nicht unbeantwortet bleibe. „Diese Botschaft kann auch von russischen Supermarktregalen ausgehen“, hieß es bei der NGG. In den vergangenen Wochen war etwa der Schokoladenhersteller Ritter Sport scharf dafür kritisiert worden, weiter Schokolade nach Russland zu liefern.

In Österreich startete der Gewerkschaftsbund ÖGB eine Hilfsaktion und schickte Konvois mit Tonnen von Decken, Betten, Heizstrahlern, Medikamenten und Lebensmitteln in die Ukraine. „Wir wissen nicht, wie es weitergeht, was morgen passieren wird“, sagte Larysa Rovchak, Organisationschefin des ukrainischen Gewerkschaftsbundes FPU, „aber eines zeichnet sich ab: Wir brauchen mit jedem Tag mehr Unterstützung“. Die Versorgung des Landes breche zusammen, aktuell zeichne sich vor allem auch ein Engpass an Medikamenten ab: „Jetzt fehlen vor allem Blutdruckmedikamente, Antibiotika und Beruhigungsmittel.“

Der DGB hat mit dem Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ ein Spendenkonto unter dem Stichwort „Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe“ eingerichtet.

 Fragen und Antworten zu aktuellen Regelungen und zur Arbeitsmarktintegration auf der Seite des DGB:

<https://bit.ly/3EHywbv>

 Ukraine-Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates:

<https://bit.ly/3rP6yp7>

 Materialien GEW: <https://bit.ly/38hHtfs>

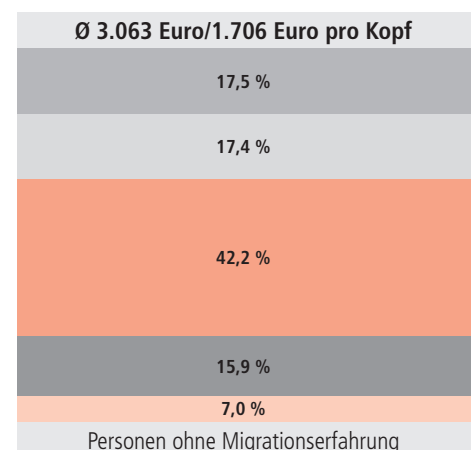
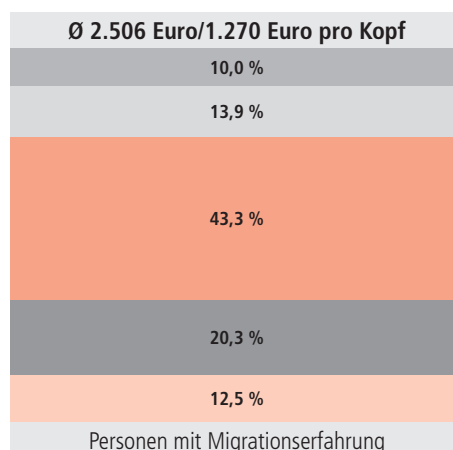
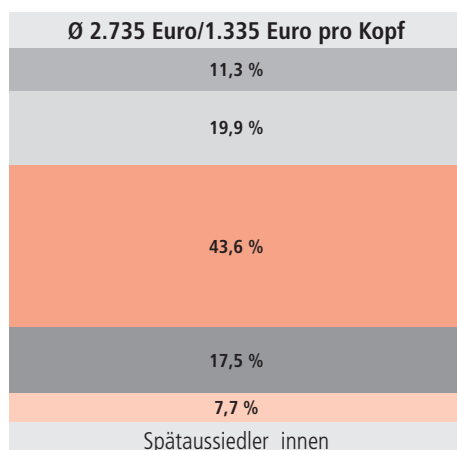
 Spendensammlung DGB: <https://bit.ly/3EIFaye>

 VHS-Lernportal Ukraine: <https://bit.ly/36KaSOU>

## Spätaussiedler\_innen

**Mehr auf dem Konto als Menschen mit Migrationserfahrung, weniger als Menschen ohne (in Prozent).**

Eine neue Studie des Sachverständigenrats Migration zeigt, dass Spätaussiedler\_innen gut in den Arbeitsmarkt integriert sind – aber Einkommensunterschiede trotzdem bestehen bleiben (■ = über 4.500 Euro · ■ = über 3.200 Euro · ■ = über 1.500 Euro · ■ = über 900 Euro · ■ = unter 900 Euro)





# News + Termine

## 1. Mai-Aufruf des DGB

Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ hat der DGB am 1. Mai in vielen deutschen Städten Kundgebungen abgehalten. „Frieden, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt kommen nicht von selbst. Sie müssen immer wieder gemeinsam erkämpft werden“, hieß es im Aufruf für den Tag. „Die Menschen spüren das in diesem Jahr so intensiv wie seit vielen Jahren nicht mehr.“ In diesen Zeiten tief greifender Veränderungen stünden die Gewerkschaften für ein solidarisches Miteinander. Dieses sei angesichts des brutalen Angriffskriegs auf die Ukraine umso wichtiger. Der Krieg sei „auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert“, so der DGB. Seine Botschaft zum 1. Mai laute: „Solidarität, Frieden und Selbstbestimmung für die Ukraine! Wir sind geeint in der Überzeugung: Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder! Weltweit!“ In Krisenzeiten brauche es gute Qualifizierung der Beschäftigten für die Herausforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt und eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats müsse erneuert werden – mit guten Renten sowie einer Bürger- und Pflegevollversicherung. Sozialabbau zur Gegenfinanzierung der gegenwärtigen Krisen sei abzulehnen – und eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie, so der DGB.

<https://bit.ly/38k8wXI>

## Frankreich: Erleichterung über Wahl Macrons

Die wichtigsten Gewerkschaften in Frankreich haben sich erleichtert gezeigt, dass die Nationalistin Marine Le Pen nicht zur Präsidentin gewählt wurde. „Das Schlimmste wurde heute verhindert. Aber fast 42 Prozent der Stimmen für die extreme Rechte sorgen dafür, dass nichts mehr so sein kann und darf wie zuvor“, twitterte der Generalsekretär der CFDT, Laurent Berger. „Die Republik ist gerettet. Und für soziale Gerechtigkeit in einem demokratischen Rahmen zu kämpfen, ist weiterhin möglich“, so Laurent Escure (Unsa). „Aber ein Votum für die Republik, das nur unter den älteren und privilegierten Menschen eine Mehrheit hat, muss alle Demokraten auf den Plan rufen.“

## Amazon in NYC bekommt Betriebsrat

Amazon-Mitarbeiter\_innen in New York haben erstmals für die Gründung einer Gewerkschaftsvertretung gestimmt. Erste Verhandlungen könnten im Mai beginnen. Die Beschäftigten eines Logistik-Zentrums im New Yorker Bezirk Staten Island votierten mit 2.654 gegen 2.131 Stimmen für die erste

Gewerkschaftsvertretung bei dem US-Konzern. Ein solches Ergebnis war nicht erwartet worden. Von den mehr als 8.300 Beschäftigten auf der Wählerliste gaben rund 57 Prozent ihre Stimme ab. „Bis zu diesem Punkt zu kommen, ist bereits Geschichte“, sagte der Gewerkschafter Christian Smalls.

<https://bit.ly/30xVBlj>

## Weiter Proteste von Flüchtlingen in Libyen

In Libyen setzen hunderte Geflüchtete ihre im Oktober 2021 begonnenen Proteste fort. Sie fordern die Schließung der Internierungslager, die von der EU und Italien finanziert werden. Allein am 23. April hätten die so genannten Sicherheitskräfte mehr als 600 Migrant\_innen in der Hafensstadt Misurata festgenommen und in das Tariq-al-Matar-Gefängnis in Tripolis gebracht. „Wir fordern die libyschen Behörden auf, die willkürlichen Verhaftungen zu beenden und uns nicht als versteckte Arbeitskräfte zu benutzen“, hieß es auf dem Twitter-Kanal @RefugeesinLibya. Nach Angaben der UN-Migrationsorganisation IOM sind von Januar bis Ende April 2022 im Mittelmeer mindestens 566 Menschen gestorben. Rund 20.000 haben in dieser Zeit die Überfahrt nach Europa versucht. Rund 4.000 wurden von der libyschen Küstenwache auf dem Meer aufgegriffen.

<https://bit.ly/3LdFNCp>

## Digital-Plattform Förderatlas Migrationsprojekte gestartet

Das Land Niedersachsen hat eine Online-Plattform für Migrationsprojekte freigeschaltet. Der digitale Förderatlas für Migration, Teilhabe und Zusammenhalt zeige bundes- und landesweite Förderangebote, teilte die Staatskanzlei mit. Über die Datenplattform können sich Menschen, die in der Migrationsarbeit tätig sind, einen Überblick über mögliche Fördermittel verschaffen. Die Plattform solle dabei helfen, „dass neue Integrationsprojekte entstehen und bereitgehaltene Mittel da ankommen, wo sie gebraucht werden“, sagte der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). „Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen zu uns kommen, werden dabei unterstützt, unsere Sprache zu erlernen, in Schule, Beruf und Gesellschaft Fuß zu fassen.“

<https://www.foerderatlas-teilhabe-nds.de>

## Großbritannien: Flüchtlinge sollen nach Ruanda ausgelagert werden

Großbritannien will Flüchtlinge und Migrant\_innen künftig nach Ruanda bringen. Die Regierung in Lon-

don unterzeichnete ein entsprechendes Abkommen mit dem ostafrikanischen Land. Ruanda soll den Abgeschobenen legale Aufenthaltsmöglichkeiten anbieten, so Premier Boris Johnson. Er verkündete zudem, dass künftig statt des Grenzschutzes die Marine die Aufgabe übernimmt, Flüchtlingsboote im Ärmelkanal abzufangen. 2021 hatte die Zahl der Migrant\_innen, die in Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien gelangen, den Rekordstand von 28.000 erreicht. Ruanda habe die Kapazitäten, „zehntausende Menschen in den kommenden Jahren“ aufzunehmen und sei „eines der sichersten Länder der Welt“, so Johnson. Zum Vergleich: Großbritannien verfügt bei 67 Millionen Einwohner\_innen über eine Wirtschaftsleistung von rund 2,7 Billionen US-Dollar im Jahr, Ruanda erwirtschaftet mit 13 Millionen Einwohner\_innen gerade 10 Milliarden US-Dollar im Jahr. Nach Angaben des ruandischen Außenministers Vincent Biringura soll Großbritannien bis zu 120 Millionen Pfund (144 Millionen Euro) für die Flüchtlingsaufnahme zahlen. „Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, verdienen Mitgefühl und Empathie“, sagte Gillian Triggs vom UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). Sie sollten „nicht wie Ware gehandelt“ werden. Nadia Hardman von Human Rights Watch sprach von einem „feigen, barbarischen und inhumanen“ Umgang mit Menschen, die vor Verfolgung und Krieg flüchteten. Die Regierung Dänemarks hat im vergangenen Jahr Verhandlungen über ähnliche Programme mit anderen afrikanischen Staaten aufgenommen.

## Ausstellung: 2 Millionen Jahre Migration

Bis zum 31. Oktober 2022 zeigt das Forschungsmuseum Schöningen eine Sonderausstellung zur Mobilität in der frühen Menschheitsgeschichte. Sie zeigt, dass „Mobilität und Migration keine Erscheinungen des 21. Jahrhunderts sind, sondern essenzielle Bestandteile des Menschseins. Auch wir sind Migranten“, heißt es in der Ankündigung.

<https://bit.ly/30DvAkz>

## Hessen: Jedes Jahr 300 Kita-Fachkräfte aus dem Ausland

Hunderte Erzieher\_innen aus dem Ausland arbeiten in hessischen Kitas. Das berichtet die FAZ unter Berufung auf eine Antwort des Wissenschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage der SPD. 2020 wurden demnach 311 von 331 Anerkennungsverfahren positiv beschieden. Laut Ministerium betraf das Abschlüsse als Erzieher\_in, Sozialpädagog\_in, Sozialarbeiter\_in sowie als Fachkraft für Betreuung. 2019 lag die Zahl der anerkannten Abschlüsse ähnlich hoch: 314 von 323 Anerkennungsverfahren wurden positiv beschieden.





# Drei Gesichter der Solidarität

Foto Oleksandra Bienert: © privat



## Kommentar von Oleksandra Bienert

Diese Woche gingen mir Bilder von zwei Frauen nicht aus dem Kopf: Eine Frau habe ich im Zelt am Berliner Hauptbahnhof kennen gelernt, wo Menschen ankommen, die gerade eine Ruhepause nach der Fahrt aus der Ukraine brauchen, um weiterzufahren. Sie hieß Natalya, war 48 und kam mit ihrem zehnjährigen Sohn Vasyl aus der kleinen Stadt Izyum im Charkiw-Gebiet nach Deutschland. Sie humpelte und war voller Leben, voller Energie, obwohl so erschöpft von der langen Flucht und Überfahrt. Sie erzählte mir, dass sie drei Söhne hat. Ihre zwei älteren sind in der ukrainischen Armee. Der eine ist vor Kurzem gefallen, mit dem zweiten hat sie seit Wochen keinen Kontakt mehr und weiß nicht, was mit ihm passiert ist. „Ich wollte wenigstens den Kleinen retten“, sagte sie mir. Izyum war umkämpft, als sie von dort flüchteten. Seit dem 2. April ist die Stadt unter temporärer russischer Okkupation.

Die andere Frau lernte ich kennen, als ich versucht habe, das Ankommen in Berlin für sie und ihre Kinder zu erleichtern. Sie hieß Svitlana, ist Lehrerin, engagierte sich in ihrer Stadt für Kinder mit Beeinträchtigung und konnte dem Massaker in Butscha entkommen. Wir haben uns mehrmals getroffen, und immer wieder überraschte sie mich durch ihre innere Stärke. Am Ende unseres ersten Gesprächs sagte sie mir: „Wir dürfen alle keine Angst vor Putin haben. Wir müssen ihn bekämpfen. Die Ukraine wird siegen. Schließlich geht es um unsere Existenz.“ Einmal im März, als Butscha noch von der russischen Armee okkupiert war, hat sie unser Treffen kurzfristig abgesagt und schrieb mir: „Ich kann jetzt an nichts anderes denken, als an Butscha. Ich weiß nicht, ob meine engen Freunde noch leben. Wir haben seit Wochen keinen Kontakt mehr gehabt.“ Zuletzt erzählte Svitlana mir, sie geht zu einem Vorstellungsgespräch – als Lehrerin.

Was können wir nun in Deutschland für die Menschen in der Ukraine und diejenigen, die die Flucht

zu uns geschafft haben, tun? Der Angriffskrieg wurde am 3. April von russischer Seite in einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur RIA Novosti bekräftigt: Mit der konkreten, schriftlichen Absichtserklärung zum Völkermord und der Auslöschung von ukrainischer Kultur und Identität. Die Antwort darauf kann nur die größtmögliche Solidarität mit Opfern sein. Diese Solidarität hat viele Gesichter. Ich möchte drei davon benennen.

Das erste Gesicht beinhaltet vieles, was in Deutschland bereits getan wird. Wir als ukrainische Community sind sprachlos und überwältigt von der Solidarität, von jedem Einzelnen, der helfen möchte, Hilfe anbietet. Von allen, die zurzeit versuchen Geflüchtete aus der Ukraine in Arbeit zu bringen, die verstehen, wie wichtig es ist, Menschen wieder eine Möglichkeit zu geben als Subjekt eigenen Handelns zu agieren und nicht nur in der passiven Rolle einer geflüchteten Person, eines Opfers, zu sein. Wie dies nun auch im Fall der Lehrerin Svitlana ist. Wir sind allen unglaublich dankbar für diese Solidarität, die wir jeden Tag aufs Neue erleben.

Das zweite Gesicht dieser Solidarität ist ein höchst sensibler Umgang der deutschen Bevölkerung und Politik mit der Situation. Zur Zeit der Massaker, der aktiven Kampfhandlungen, sind keine Versöhnungs- oder Dialogprojekte zwischen der Ukraine und Russland gefragt. Ich meine es ernst: Es ist nicht an der Zeit, irgendwelche gemeinsamen Auftritte von russischen und ukrainischen Künstler\_innen zu organisieren. Traumatisierte Menschen, die aus der Ukraine ankommen und einen Hasen zur Hälfte in russischen und zur Hälfte in ukrainischen Farben gehüllt, in der Mitte durch ein weißes Herzen verbunden, sehen – wie es neulich im Freiburger Bahnhof der Fall war – werden nur wieder traumatisiert.

Solange die russische Armee in der Ukraine weiterhin Menschen tötet, Zivilist\_innen mit Kopfschuss ermordet, Frauen vergewaltigt, Menschen foltert, solange Menschen in der Ukraine nicht die Wahrheit

über ihre Toten erfahren, solange Kriegsverbrechen nicht aufgearbeitet und bestraft werden, kann es nicht um Versöhnung gehen.

Das dritte Gesicht der Solidarität ist die deutsche Politik gegenüber der Ukraine. Jahrzehntlang hat man in Deutschland eine katastrophale Russlandpolitik betrieben, die unter anderem durch den Bau von Nord Stream I und II die Sicherheit der Ukraine unterminierte. Mit Milliarden, die wir in Deutschland für Öl und Gas aus Russland bezahlt haben und immer noch zahlen, subventionieren wir die russische Armee und diesen Krieg. Die jetzige Situation ist mit deutscher Unterstützung entstanden.

Das dritte Gesicht von der Solidarität ist daher die für manche noch unangenehme Wahrheit, dass die Ukraine dringend zur Selbstverteidigung die Lieferung deutscher schwerer Waffen braucht. Diese Waffen werden Natalya ihren Sohn aus Izyum nicht zurückgeben. Aber mit dieser Unterstützung können russische Truppen zum Abzug gezwungen werden und es können weitere Kriegsverbrechen zumindest zu einem Teil, wo es noch möglich ist, verhindert werden.

Die Autorin wurde in der Ukraine geboren und lebt seit 2005 in Berlin. Sie ist Forscherin und Aktivistin und hat Initiativen wie den „PRAVO. Berlin Group for Human Rights in Ukraine“ und die „Euro-maidan Wache Berlin“ gegründet. Sie schreibt für das Zentrum Liberale Moderne.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Annika Wünsche  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

